



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reihlen, M.: Von der Ostmarkenfahrt süddeutscher Parlamentarier und
Journalisten : Reiseeindrücke. 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteln der praktischen Unwiderstehlichkeit, die er solange geübt hatte. Und als ihm klar wurde, daß er wohl nur noch Wochen zu leben habe, traf er in voller Seelenruhe feste Bestimmungen über die möglichste Fortführung seiner Bestrebungen und fand dann, daß auch das bevorstehende Sterben etwas Schönes sei.

Dabei durfte ihm doch wohl auch vorschweben, wie wenig er sein Leben verschwendet habe, wie manches Bedeutende und Dauernde ihm zu leisten vergönnt gewesen sei. Übrigens hatte man ihn gelegentlich sehr bestimmt und offenherzig, natürlich auch mit derben Worten, der großen Fehler gedenken hören, die er im Laufe seiner Amtsführung begangen habe; er tröstete sich dafür mit dem Bewußtsein, auch nicht wenig Übles verhindert oder ausgeglichen zu haben, das andre verschuldeten. Er hatte sich nun ausgelebt in einem unvergleichlich viel bessern Sinne, als so viele Menschen von heute dies zu ihrem Programm machen. Wie oft ihn auch Kraftgefühl oder Kraftüberschuß, ja auch das Bewußtsein seines Machtbereichs zu weit fortriß, er war durch Fleiß und Hingabe das Muster eines Staatsbeamten, während er mit der Selbständigkeit seiner Ideen und der Lebendigkeit seines Wesens immer vielmehr als Ausnahme gelten mußte denn als Vorbild. Auf seine Leistungen selbst sollte in dem gegenwärtigen Zusammenhang nicht bestimmter die Rede kommen. Es galt nur die Zeichnung der ganz eigenartigen und der Welt weithin bekannt, aber den meisten nie recht klar gewordenen Persönlichkeit. Es galt keinen Panegyrikus: aber bei allem Willen zu ganz objektiver Kennzeichnung muß der Schreibende am Ende doch selbst finden, daß das Licht den Schatten sehr überstrahlt. Und so darf hier zum Schluß um so zuversichtlicher wiederholt werden, was zum Eingang gesagt wurde: die einzelnen müssen dem viel verzeihen können, der für das Ganze viel Gutes getan hat. Und der — so dürfen wir getrost fortfahren — mit seinen persönlichsten Eigenschaften unzweifelhaft zu den Guten in der Welt gehörte.

Wilhelm Münch



Von der Ostmarkenfahrt süddeutscher Parlamentarier und Journalisten

Reiseeindrücke von M. Reihlen in Stuttgart

2



Im Laufe des Tages kamen wir an Gehöften von Ansiedlern aus allen Teilen Deutschlands vorbei, die zum Teil recht verschiedenartig aussahen. Schon in der Umrahmung konnte man da und dort die Herkunft der Ansiedler erkennen: wo hohe, schnellwachsende Zierbäume das Haus überschatteten, da brauchte man keinen Schwaben zu suchen; der baut nur Obstbäume und Beerensträucher, diese aber sicher und in Masse, er will seinen Obstgarten ums Haus wie am Neckar.

Für den bodengeizigen Schwaben wären selbst die prachtvollen Eichen um die Höfe Niedersachsens „Unkraut“. Was die Gehöftanlagen selbst anlangt, so fanden wir, da die Scheune fast überall vollständig frei steht, eigentlich doch nur wenige Haupttypen.

Entweder waren auch Haus und Stall ganz getrennt, und die drei Gebäude waren auf drei Seiten eines viereckigen Hofes verteilt, oder es waren Haus und Stall zusammengebaut. Auch in diesem Falle war die Vereinigung vielfach keine enge, sondern nur durch die kleine Futterküche wie durch einen kurzen Gang hergestellt, wobei die beiden Gebäude bald rechtwinklig, bald bajonettförmig aneinanderstießen. Die Stallungen waren — nach dem Urteil unsrer landwirtschaftlichen Sachverständigen — meist gut angelegt und gehalten. Auch das Vieh fand Beifall; einmal, angesichts einer Familienzene im Ferkelkoben, verspürte auch mein Herz atavistisch-agrarische Regungen. Die Wohnhäuser, obgleich meist nur eingeschossig oder mit einem Kniestock, machten auf mich durchweg einen gefälligen Eindruck; daß sie in der Regel auch zweckmäßig sind, entspringt vielleicht dem Zusammenarbeiten von Ansiedler und Techniker. In der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle baut der Ansiedler selbst, bestimmt den Bauplan usw. Die Baumeister der Kommission stehen ihm aber auf Wunsch mit ihrem Rat zur Seite und suchen dann vor allem ein für die vorhandnen Mittel zu großartiges Bauen zu verhindern. Eine gewisse Bevormundung in dieser Hinsicht muß sich der Ansiedler dann gefallen lassen, wenn er zum Bau ein sogenanntes „Ergänzungsdarlehn“ von der Kommission braucht, und dies ist in der Regel der Fall, denn ein Gehöft für eine spannfähige Stelle kostet 7000 bis 10000 Mark zu bauen, während der Ansiedler durchschnittlich nur 5350 Mark hat. Bei der Ausführung des Baues leistet der Staat wieder die möglichste Hilfe, indem er die Rohmaterialien, namentlich Ziegel und Holz zu Selbstkostenpreisen liefert und unentgeltlich auf die Baustelle schafft. Schließlich gewährt der Staat dem Ansiedler noch das erste Saatgut, die Obstbäume für den Garten, Mundvorrat für Mensch und Vieh bis zur ersten Ernte und in der Regel drei Jahre Befreiung von der Rentenzahlung.

Wie für den einzelnen, so sorgt der Staat auch für die Gemeinden. Abgesehen davon, daß er Kirche und Schule, Armenhaus*) und Spritzenhaus unentgeltlich zur Verfügung stellt, schenkt er der Gemeinde etwa 5 Prozent des gesamten ehemaligen Gutsbodens als Grundstock für Wegbauten und sonstige allgemeine Zwecke, ferner Land als Kirchendotation und endlich „Schulland“. Dieses bildet einen Besoldungsteil des Lehrers und soll ihn — der vielfach in der Wohnung des frühern Gutsherrn etwas üppig wohnt — mit der Landwirtschaft und dadurch mit den Interessen der Gemeinde enger verbinden. Daß die Ansiedlungen unter dieser Fürsorge für den einzelnen und die Gemeinde

*) Das Armenhaus dient zur Aufnahme der Polen, die die jungen Gemeinden oft in merkwürdig großer Zahl aus der Zeit der Gutsherrschaft als Ortsarme übernehmen mußten.

fortkommen und sogar gut vorwärts kommen können, hat die Erfahrung gelehrt, aber ein Schlaraffenland ist der Boden der königlich preussischen Ansiedlungskommission deshalb doch nicht: sonst würde sie trotz alledem und trotz der zum Teil recht teuern Ankaufspreise und trotz ihres großen Verwaltungsapparats nicht immerhin noch eine Rente von mehr als 2 Prozent aus ihren Millionen herauswirtschaften, also fast soviel als ein süddeutscher Staat aus seinen Eisenbahnen.

Sehr interessant war mir auf der Fahrt, die streckenweise immer wieder durch polnischen Besitz ging, die auffallende Verschiedenheit in bezug auf die Wasserverhältnisse. Während sich auf polnischem Grund vielfach saure Wiesen und die für das schwachgeneigte Diluvialland so charakteristischen, länglichen Pfützen und Teiche breit machten, hat die Ansiedlungskommission ihr Werk fast überall mit Entwässerungsanlagen begonnen. 50000 Hektar Ackerland (den siebenten Teil ihres Landes, das ja zu zwei Drittel schon vorher in gut wirtschaftender deutscher Hand gewesen war) hat sie entwässert, 4000 Hektar durch Moorkultur und Wiesenmelioration erst nutzbar gemacht. Dazu waren über 100 Millionen Drainröhren und ein Gesamtaufwand von mehr als 10 Millionen Mark nötig, wahrlich eine Leistung, die allein schon den stolzen Titel der dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Denkschrift „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit“ rechtfertigt. Aber es bleibt noch eine Herkulesarbeit übrig, ehe der Verein für den Naturdenkmalschutz der Kommission in den Arm fallen muß, um die letzten der oft so malerisch mit Fichten umstandnen „Sölle“ oder „Pföhle“, um den Brutplatz der Wasservögel und die feuchten Beete der stolzen Iris, um das letzte der Landschaftsbilder, die die fliehende Eiszeit geschaffen hat, vor der alles gleichmachenden Kultur und dem Finanztiger zu retten.

Das Mittagessen nahmen wir in Klezko, einem jener alten Ackerstädtchen, die baulich und wirtschaftlich ein Anhängsel ihrer großen Marktplätze sind, und die, wie Klezko, neben ihren dürftigen Häusern oft eine überraschend stattliche Kirche aufweisen.

Im Laufe des Nachmittags kamen wir in das Ende der achtziger Jahre besiedelte Dorf Bismarcksfelde. Bismarcksfelde ist eine der wenigen Ansiedlungen, in denen die Zahl der Polen nicht zurückgeht. Während fünf Jahre nach der Besiedlung neben 232 Deutschen 133 Polen dort wohnten, waren es nach weitem zehn Jahren nur noch 222 Deutsche, aber 141 Polen. Dies kommt daher, daß hier bei der Aufteilung des alten Guts aus einem vollen Drittel eine sogenannte „Reststelle“ mit über 200 Hektar gebildet wurde, ein Gut, das, wie alle großen Güter im Ansiedlungsgebiet, zu seiner Bewirtschaftung heute noch so gut wie bei seiner Auslegung unbedingt polnische Arbeiter braucht. Abgesehen davon, daß in solchen Gemeinden mit Reststellen die Gehöfte der Ansiedler durch den großen Block des Restguts verzettelt sind, und daß dadurch das Zusammenwachsen der Gemeinde erschwert wird, ist deren deutsche Entwicklung durch die große Zahl der fremdnationalen Mitbewohner fast gefährdet. Noch

schwieriger gestaltet sich die erstrebte deutschnationale Entwicklung auf den Restgütern im engern Sinne des Worts, wo den polnischen Arbeitern keine deutschen Bauern, sondern nur der Gutsherr und seine deutschen Angestellten gegenüberstehen. Die deutsche völkische Schwäche ist erfahrungsgemäß besonders groß gegenüber den weiblichen Reizen, die den Polinnen auch der nationale Gegner nicht absprechen kann. Kamen wir doch an einem sehr schönen Gut vorbei, dessen Besitzer, obgleich preußischer Hauptmann außer Diensten, vollständig auf die polnische Seite gezogen wurde, als er in zweiter Ehe eine Polin heiratete! Wegen dieser sofort erkannten Mißstände wurden in den ersten achtzehn Jahren der Ansiedlungstätigkeit nur sieben solche große „Reststellen“ wie Bismarcksfelde, mit einem Flächengehalt von durchschnittlich 200 Hektar, ausgelegt; dazu kamen — worüber später näheres — sieben „Restgüter“. Diese sieben Reststellen haben mindestens, abgesehen von der Erschwerung der nationalen Befestigung der betreffenden Gemeinden, das Land für etwa 114 Wollbauernstellen (zu 20 Hektar) verschlungen. Die Gründe für die Errichtung dieser großen Stellen waren lediglich praktischer Art; in jenen Gütern waren besonders stattliche Gutsgebäude vorhanden, die nur bei Großbetrieb geeignete Verwendung finden konnten, und die zwecks Aufteilung des Grundes zu zerstören „Sünd und Schand“ gewesen wäre. Zugunsten der von der Not auferlegten Maßregel ließ sich auch sagen, daß durch diese Stellen auch von Hause aus wohlhabendere Anwerber ins Land gezogen und die Wege zum sozialen Aufsteigen für tüchtige Ansiedler geöffnet wurden.

Nachdem die politische Presse von der Bildung dieser Reststellen, denen im Jahre 1907 noch weitere vier folgten, wenig Notiz genommen hatte, erhob sich ein lebhafter Angriff gegen die Regierung, als im Jahre 1907 nochmals sieben „Restgüter“ zur Auslegung kamen und die Bildung weiterer in Aussicht gestellt wurde. Während nämlich auch die größten Reststellen einfach Glieder der betreffenden Gemeinden bilden, sind Restgüter nichts anderes als Rittergüter, die zwar verkleinert aber ihrer Stimmfähigkeit und ihres Charakters als selbständige kommunale Gebilde nicht entkleidet sind.

Im gemeinsamen Kampf gegen die Erhaltung dieser Rittergüter von Staats wegen begegneten sich gutnationale Männer verschiedener Parteirichtung und aus verschiedenen Gründen. Die einen sahen oder sehen jede Hufe des Ansiedlungsgebiets, die nicht zu „neuem Bauernland“ wird, für verloren an und weisen darauf hin, daß jeder Großgrundbesitzer, ob er will oder nicht, der Magnet und Schutzherr für so und so viele Polen ist; die andern fürchten mit dem Großgrundbesitz das reaktionäre und zu jedem Bündnis zu habende Junkertum zu stützen. Der Grund für die Regierung, trotzdem die Bildung der Restgüter zu verlangen, ist ein rein politischer. Da seit zehn Jahren fast nur aus deutscher Hand gekauft werden konnte, ist in einzelnen Kreisen der deutsche Großgrundbesitz so geschwächt, daß dort auf den Kreistagen seine Überstimmung durch die Polen in den Kreis der Möglichkeit gerückt ist. Dem soll dadurch

vorgebeugt werden, daß eine entsprechende Anzahl der erworbenen Güter „freistagsfähig“ (Posen) oder auf der Bank der Großgrundbesitzer stimmfähig (Westpreußen) erhalten wird. Zur Stimmfähigkeit gehört in Posen ein Grundbesitz von mindestens 1000 preussischen Morgen (250 Hektar), in Westpreußen eine Steuerleistung für Grund und Gebäude von 225 Mark, die etwa einem Grundbesitz von 800 Morgen (200 Hektar) entspricht. Bis jetzt wurden, wie bereits erwähnt, vierzehn Restgüter ausgelegt, die Zahl der noch vorgesehenen soll, nach bestimmter Mitteilung seitens der königlichen Ansiedlungskommission, sechs nicht überschreiten. Bei der Bildung der Restgüter, das heißt der Verkleinerung früher größerer Rittergüter, ist die Kommission möglichst nahe an die gesetzliche Mindestgröße der Rittergüter heruntergegangen; trotzdem werden die zwanzig Restgüter mit 6000 Hektar den sechzigsten Teil der gesamten erworbenen Fläche (360 000 Hektar) ausmachen. Da es sich gerade bei diesen Gütern um verhältnismäßig viel Wald- und Seeanteil handelt, so ist der für das „neue Bauernland“ verlorne Boden auf nicht viel mehr als zweihundert Vollbauernstellen zu schätzen. Umgekehrt bedeuten für den alten Herrenstand Ostpreußens die zwanzig Restgüter die Rettung des dreißigsten Teils der von ihm durch freihändigen Verkauf aufgegebenen Positionen. Diese Zahlen sind vielleicht kleiner, als mancher erwartet, und bei der Umsicht, mit der sich die Kommission ihre kleinen Ansiedler auswählt, ist zu erwarten, daß sie auch die großen Herren Anwerber für ihre Rittergüter vor der Ansiedlung gehörig unter die Lupe nimmt, aber — jedes Restgut ist im besten Fall ein entgangener nationaler Gewinn, bei ungeeigneter Besetzung ein direkter nationaler Verlust, und wir haben im Grenzlande wahrlich nichts übrig!

Eine Übermacht der Polen auf den Vertretungen in Kreis und Provinz darf natürlich nicht fahrlässig herbeigeführt werden, aber der von der Regierung zu ihrer Umgehung gewählte Weg ist nicht der richtige. Es muß ein Mittel gefunden werden, das nicht zugleich die germanisatorische Absicht der ganzen Ansiedlungstätigkeit beeinträchtigt. Entweder muß der polnische Großgrundbesitz mittelst des Zwangseinteilungsgesetzes ebenfalls verkleinert werden — was meinem Empfinden nicht entspräche —, da ein anderer Ausweg nicht möglich ist, oder es muß auf dem Wege der Gesetzgebung oder Verordnung ein Ersatz für die eingegangenen deutschen Stimmen dadurch geschaffen werden, daß die jetzigen Teilbesitzer der frühern freistagsfähigen Rittergüter, die Ansiedler, in irgendwelcher Form eine Vertretung auf dem Kreistag erhalten.

Die Kommission hat sich die größte Mühe gegeben, ihre Ankäufe so zu wählen, daß die Ansiedlungen in möglichst dichten Klumpen zusammenzuliegen kommen. Da zum Kaufen aber immer zwei gehören, ist ihr dies nur teilweise gelungen, und überall stecken noch polnische Güter zwischen den neuen Ansiedlungsdörfern. Es ist beschämend, sagen zu müssen, daß diese polnischen Einschüffe bei der geringen völkischen Widerstandsfähigkeit der Deutschen für manchen Deutschen eine Gefahr bilden, aber nachdem die Tatsache einmal

bekannt ist, muß damit gerechnet werden. Wenn die polnischen Enklaven zwischen den deutschen Dörfern nicht verhindert werden können, so darf wenigstens die Regierung selbst keine solchen im Kern der deutschen Ansiedlungen anlegen, wenn sie nicht die Millionen der Steuerzahler in ein Sieb schütten und ihr Ansiedlungswert selbst schädigen will.

Den Abschluß der Fahrt dieses Tages bildete das freundliche Städtchen Janowitz, wo wir die mit Lehrmitteln sehr gut ausgestattete, in einem schönen ehemaligen Gutshaus untergebrachte landwirtschaftliche Winterschule besichtigten. Janowitz ist das wirtschaftliche Zentrum und die hohe Schule für 1700 umliegende Ansiedlerfamilien. Abgesehen von der landwirtschaftlichen Winterschule befindet sich dort eine Anstalt für Geflügelzucht und eine für Obstbaumzucht sowie ein landwirtschaftlicher Verein. Das in dem ganzen Ansiedlungsgebiet stark ausgebildete Genossenschaftswesen hat hier in Janowitz unter anderm eine Molkereigesellschaft ins Leben gerufen, die bei 450 Mitgliedern jährlich $2\frac{3}{4}$ Millionen Liter Milch verarbeitet, desgleichen eine Kornhausgenossenschaft mit eigener Mühle und Dampfbäckerei, die bei dreihundert Mitgliedern jährlich 90 bis 100 000 Zentner Getreide umsetzt und täglich 1400 Brote herstellt. Diese Betriebsamkeit hat sich dem ganzen Städtchen mitgeteilt und eine starke deutsche Einwanderung veranlaßt, die in den letzten fünf Jahren die gleichzeitige Zunahme der Polen um das Zwölfwache übertraf. Wenn im Jahre 1895 107 deutschen Schulkindern noch 291 polnische gegenüberstanden, so zählte man neun Jahre später 158 deutsche und 228 polnische. Man ist erstaunt, elektrische Straßenbeleuchtung und eine Menge hübscher Neubauten, ja einen ganzen, in Anlage begriffnen neuen Stadtteil zu finden, wo vor wenigen Jahren noch strohgedeckte Lehmhütten zu sehen waren.

Wenn man bei Gnesen*) vielleicht im Zweifel sein kann, ob die starke Zunahme der deutschen Geschäfte und Läden nicht zu einem großen Teil der stärkern Berücksichtigung seitens der Offiziere und Beamten zu verdanken ist, kann man es in Janowitz mit Händen greifen, daß die Ansiedlungskolonien die „eingekreisten“ Städte zunächst wirtschaftlich heben und dann germanisieren. Die eingekreisten Städte und Städtchen sind sämtlich unverhältnismäßig rasch gewachsen, vielfach allerdings zunächst anfangs mehr zugunsten des polnischen Bevölkerungsanteils, während Städte mit sonst gleichen Lebensbedingungen, aber abseits von den Ansiedlungen liegend, fast stehen geblieben oder zurückgegangen sind. Eine germanisierende Einwirkung auf die benachbarten Städte hat man sich von Anfang an erst für den Zeitpunkt versprochen, wo von der zweiten Generation der Ansiedler ein Teil auf den elterlichen Höfen keinen Platz mehr finden kann und sein Glück in der Stadt machen will. Wie erwartet, ist auch im letzten Jahrzehnt in allen in Betracht kommenden Städten die deutsche Bevölkerung viel rascher angewachsen.

*) Übrigens wird auch in Gnesen die notwendig gewordne Vermehrung der jährlichen Viehmärkte von acht auf zwölf kaum auf Rechnung der städtischen Bevölkerung zu setzen sein.

Eine Eisenbahnfahrt durch die Kreise Znin und Hohensalza, während deren das nun auf Ansiedlungsdörfer eingestellte Auge bald rechts bald links die erfreulichen Bilder der Kolonistenhöfe zu sehen bekam, brachte uns nach Thorn. Schon der Übergang über die breite Weichsel mit dem Blick auf die hochragende Stadt, aber mehr noch das Wandeln durch die altertümlichen Straßen, der Anblick der mächtigen gotischen Kirchen und des großartigen gotischen Rathauses und zum Schluß ein Spaziergang in den schönen Stadtwald gaben der wachsenden Schätzung der landschaftlichen Reize und der kunstgeschichtlichen Bedeutung der „polnischen Provinzen“ neue Nahrung. Ein äußerst freundlicher Empfang verfehlte nicht die angenehmen Eindrücke zu befestigen. Der nächste Tag war — leider — der letzte im Ansiedlungsgebiet. Nach einem Rundgang durch das alte und das neue Thorn führte uns der Zug durch Westpreußens Rübenland, wo sich die größten Zuckerfabriken der Welt befinden, nach dem Bahnhof Gollub. Unweit davon steht die mächtige Ruine der Ordensburg Gohlau. Schmucklos, seines obern Geschosses beraubt, erhebt sich der quadratische Steinkloß der gebrochenen Burg noch jetzt bis zu einer Höhe von etwa 25 Metern. Die Aussicht von seiner Zinne ist die schönste, die ich im Binnenland der Ostmark genossen habe, denn das Schloß thront auf dem höchsten Punkt einer steilen Terrasse, die die Drewenz, ein starker Nebenfluß der Weichsel, ausgenagt hat. Jenseits des Flusses glänzt die unbegrenzte Ebene Russisch-Polens, zu unsern Füßen schmiegt sich zwischen Fluß und Burghügel das alte Städtchen Gollub.

In eine Schlinge des Flusses hineingelegt und außerdem noch von einer Mauer umzogen, gegen Westen durch das Schloß gedeckt, mag der alte Grenz- und Handelsplatz einst ziemlich fest gewesen sein. Als Denkmal des Verkehrs im Mittelalter steht zwischen dem Marktplatz und der Brücke noch heute ein altes Gasthaus aus der Ordenszeit, ein ungefügiger niedriger Giebelbau aus mächtigen Eichenstämmen, dessen Erdgeschosß eine nach der Straße offene Halle bildet. Der große Marktplatz macht einen sehr stattlichen und zugleich malerischen Eindruck. Einige seiner schmalen Steinhäuser haben noch wie in Marienburg ihre offenen Hallen erhalten und zeigen auch sonst noch die Spuren hohen Alters. Nehmen wir dazu noch den mächtigen Backsteinbau der ins vierzehnte Jahrhundert zurückreichenden katholischen Kirche, die durch ihre guten Verhältnisse und die Geschlossenheit ihrer unverzierten Flächen dem Auge einen angenehmen Ruhepunkt darbietet, so haben wir ein Städtebild, das in seiner Eigenart auch den rheinischen und süddeutschen Feinschmecker befriedigen kann. Um so erfreulicher ist es, daß die neue evangelische Kirche und andre damit im Zusammenhang stehende Bauten dem alten Bilde reizend eingefügt sind.

Das hölzerne Gittertor, das am jenseitigen Ende der Drewenzbrücke das heilige Rußland absperrt, öffnete sich uns, sodaß wir eine Stunde in der (russisch-)polnischen Stadt Dobryń herumwandeln konnten. Geradezu komisch war das Erstaunen meiner Reisegenossen über die Armseligkeit der dortigen Häuser und Kramläden, die Anspruchslosigkeit der sogenannten Straßen usw.

die mir ein zu wenig neues Bild boten, als daß ich darüber in Aufregung geraten wäre. Dagegen amüsierte mich ein ähnlicher unwillkürlicher Vergleich in bezug auf die zugehörigen Menschen. Es war ein mosaischer Feiertag. Während nun das Volk Israel drüben im schäbigen Rockelock, mit Stirnlocken und Samtkäppchen unter seiner niedern Haustür hockte, führten seine Glaubensgenossen auf der preussischen Seite ihre Damen in modernsten Kleidern und Hüten von entsprechendem Umfang spazieren und sahen auch selbst im schwarzen Gehrock, weißer Weste und glänzendem Zylinderhut durchaus nicht aus wie die schlechte Zeit.

Und wieder ging es im flotten Wagenzug hinaus aus dem unverfälschten Galbasien von Dobrzyń und aus der mittelalterlichen Romantik von Schloß Gohslau in die lebendige Gegenwart.

Das große von der Ansiedlungskommission angekaufte Schloßgut Gohslau ist noch in „Zwischenverwaltung“, d. h. das noch ungeteilte Gut steht unter einem Verwalter der Kommission, der in ein- bis zweijährigem Umtrieb für jede einzelne der spätern Ansiedlerstellen den Grund und Boden so vorbereiten soll, daß der künftige Besitzer sofort mit Bauen und Pflanzen anfangen kann. Bald aber treten wir in die Markung des großen Reihendorfes Osterbitz-Napole ein, das mit 96 Ansiedlern und 18 Kleinpächtern wohl das bevölkerteste der von uns berührten Dörfer ist oder werden wird, denn es ist erst in den Jahren 1903 bis 1906 besiedelt worden.

Die Besichtigung von innen beschränkte sich hier auf den Krug, dessen hübscher Saal schon durch den Anbau einer Bühne und einer Art Seitenschiff erweitert werden mußte, um bei Festlichkeiten des Kriegervereins usw. die Ansiedler und ihre Gäste zu fassen. Unweit davon steht das freundliche Haus der „Landspflegestation“, wo Frauen und Töchter der Ansiedler gegen außerordentlich geringes Kostgeld Haushaltungsunterricht nehmen können. Noch einige Minuten, und wir sehen in freiem Feld eine altertümliche Kirche. Es ist die Kirche des frühern Gutes Ostrowitt, in der jetzt kein katholischer Gottesdienst mehr gehalten wird, weil — keine Katholiken mehr da sind. Durch den Ankauf des Gutes ist die Ansiedlungskommission Patronin der Kirche geworden und muß sie baulich unterhalten, aber — benützen darf sie die Kirche nicht; sie hat in dem Park daneben eine neue für das jetzt protestantische Osterbitz bauen lassen. Als das erste Gotteshaus hier im vierzehnten Jahrhundert gebaut wurde, half die Kirche den Deutschherren die eingebornen Polen germanisieren, heute tut sie ihr möglichstes, um die alteingesessenen katholischen Deutschen zu polonisieren, und erschwert der Ansiedlungskommission die Ansetzung neuer katholischer Deutschen nach Kräften — um nachher über Mangel an Parität zu jammern. Ich bin weit entfernt davon, es der katholischen Kirche übel zu nehmen, daß sie auf diesem Kampfesboden der evangelischen Schwesterkirche das Recht der Benützung ihrer leerstehenden Kirche nicht eingeräumt hat, nicht einmal auf Kündigung. Ich begreife es, daß Rom keinen Besitztitel aufgibt

oder auch nur den Schein des Aufgebens aufkommen läßt, und vollends nicht im Erzbistum Gnesen: in der Ewigen Stadt lernt man warten, und wer die Zunahme des Klosterwesens auf preußischem Boden in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, der kann auch abwarten, ob sich nicht in Osterbitz wieder eine katholische Gemeinde findet für die jederzeit bereitstehende Kirche, deren Baulast ja der sogenannte protestantische Staat hat.

Ich verstehe es recht gut, daß die Polen auf dem Stuhl des heiligen Adalbert ihr System der Prophylaxe und Bekämpfung deutschnationaler Umwandlungen ihrer Diözesanen deutscher Zunge bis ins kleinste durchbilden und durchführen, wenn sie namentlich die Bildung getrennter deutscher Parochien möglichst verhindern, den deutschen Minderheiten möglichst selten deutsche Hochämter halten, um deren Weiblichkeit den polnischen glanzvollen Gottesdiensten zuzuführen. Aber es entspricht nicht meinen Vorstellungen vom großen römischen Stil und von der Universalität der römischen Kirche, daß bei dieser Gelegenheit Geldgeschäfte gemacht werden.

Wenn die Ansiedlungskommission katholische Dörfer errichtet, so baut sie diesen natürlich auch Kirchen und macht die nötigen Stiftungen zu deren Unterhalt, die vom Posener Ordinariat in reichlicher Ausstattung verlangt werden; dann kommt aber noch die polnische Pfarrei, auf deren Sprengel die neue Gemeinde gegründet worden ist, und verlangt Abfindungsgelder für die entgehenden kirchlichen Gefälle — tatsächlich doch nur, weil in der neuen katholischen Kirche deutsch gepredigt und gesungen wird.

Der letzte Ansiedlungsort, den wir sahen, war Neuschönsee, dessen Grund und Boden im Jahre 1902 um 1531 Mark für den Hektar gekauft wurde. Der ungewöhnlich hohe Preis erklärt sich zum Teil aus der günstigen Lage des direkt an den Marktfloden Schönsee anstoßenden Gutes, zum Teil aus dem sehr guten Boden und dem hohen Kulturzustande dieses Gutes, das von seinem Vorbesitzer, einem Deutschen, systematisch drainiert worden war. Hier gab es noch einmal stattliche Genossenschaftsanlagen zu besichtigen, dann wurden die Wagen zum letztenmal bestiegen, um uns unweit der spärlichen Reste der Ordensburg Schönsee am Bahnhof abzusetzen.

Für den ganzen Norden des Ansiedlungsgebiets hatten wir leider nur noch zwei Tage und keine Zeit mehr zu Fahrten über Land. Nördlich von Schönsee haben wir deshalb von den Erfolgen der Kommission für die Besiedlung nichts mehr zu Gesicht bekommen, dafür haben wir dort die Besiedlung ohne Kommission, die des dreizehnten und der nächsten Jahrhunderte verfolgt. Mit Staunen und Bewunderung haben wir in Marienburg, in Danzig und in Oliva geschaut, was der deutsche Ritter, der Bürger und der Mönch im Mittelalter zur Zeit des jugendkräftigen deutschen Vorstoßes auf slawischem Boden geschaffen haben. Dort haben die Steine zu uns gesprochen und die späten Enkel gemahnt, dem Rückstoß der Polen nicht zu weichen und das Vätererbe nicht verderben zu lassen.

Es war kein Wunder, daß am Abend des Tages, an dem wir von den Ansiedlungsdörfern Abschied nahmen, bei einer besonders festlichen Veranstaltung im Artushofe in Thorn, in Gegenwart der Spitzen der Garnison und Behörden, der Reichstagsabgeordnete Enders allen Reiseteilnehmern aus der Seele sprach, als er seiner vollen Anerkennung des Ansiedlungswerkes in glänzender Rede Ausdruck verlieh.

Wir alle hatten den bestimmten Eindruck gewonnen, daß alles, was geschaffen wurde, mit großer, bis ins einzelne gehender Sorgfalt und mit der Hingebung eines Künstlers für sein Werk gemacht worden ist. Daß auch die Ansiedler das Gefühl einer väterlichen Fürsorge haben, glaube ich aus der Art und Weise schließen zu dürfen, wie sie sich im Verkehr mit den Herren von der Kommission gaben.

Einen objektiven Maßstab für die Zufriedenheit und das Wohlergehen der Ansiedler geben folgende Zahlen: Im Jahre 1906 wechselten 2,4 Prozent der Ansiedlerstellen ihre Besitzer, während der Durchschnitt im ganzen preussischen Staat (für Besitzer von fünf bis hundert Hektar) fünf Prozent ausmachte. Daß die Ansiedler aber auch allen Grund haben, mit den Verhältnissen, in die sie hineingestellt wurden, zufrieden zu sein, beweist, daß in zwanzig Jahren nur 33 in Gant kamen. Vergleichen wir damit die Erfolge der Ansiedlungstätigkeit Maria Theresias und Josephs des Zweiten, die in etwa zwanzig Jahren achtzigtausend Menschen in Südungarn ansetzten, und zwar ebenfalls mit einer für damalige Zeiten anerkennenswerten Umsicht, so ist zu bemerken, daß wenig Jahre nach Josephs Tode zweitausend Höfe (also etwa der vierte bis fünfte Teil) wieder leer standen, weil ganze Familien an der Malaria ausgestorben oder entlaufen waren, oder weil die Ansiedler als „unverbesserlich“ wieder „abgestiftet“ werden mußten.

Entsprechende Zahlen für die Kolonisation Friedrichs des Großen stehen mir nicht zu Gebote; nach den Berichten von Zeitgenossen ist aber sicher, daß viele seiner Stellen wieder eingingen, einerseits, weil das Material der Ansiedler nicht gut war, andererseits aber auch, weil diese Stellen von Anfang an mit zu wenig Land ausgestattet waren. Die teilweisen Mißerfolge des großen Königs haben der neupreussischen Kolonisation den zu beschreitenden Weg vorgezeichnet. Die vorsichtige Auswahl der Ansiedler, die ausreichende Bemessung und, nicht zu vergessen, die gute wirtschaftliche Vorbereitung der Stellen haben den Grund dazu gelegt, daß die Ansiedler so gedeihen konnten, daß sie Verwandte und Freunde nachziehen, und daß sie womöglich ihren Kindern auch wieder Stellen auf dem Lande der Ansiedlungskommission verschaffen möchten.

Das ist nun allerdings nicht so ganz die Absicht der Ansiedlungskommission, diese hofft, daß die zweite Generation wirtschaftlich so gekräftigt und findig sei, daß sie aus eigener Kraft die benachbarten Polen auskaufen könne, wie es die Schwaben im Banat in geradezu vorbildlicher Weise unter

ihrer magyarischen und slawischen Umgebung fertig gebracht haben und noch fertig bringen. Die andre ebenso wichtige Ursache des Erfolgs ist die von den Ansiedlern geleistete Arbeit: „Man kommt vorwärts, aber man muß auch schaffen“ — dasselbe Wort, das man in allen Kolonialländern hört — haben wir in der verschiedensten Prägung zu hören bekommen.

Der Beweis ist geliefert, erstens, daß für West- und Süddeutsche Posen und Westpreußen kein Sibirien*) ist, wie man sich bis vor kurzem allgemein einbildete, zweitens, daß in kurzer Zeit die bedrohlich rasche Zunahme des polnischen Elements durch Vermehrung des deutschen Grundstocks eingeholt und überholt werden kann, drittens, daß die beiden Provinzen, die unter den Rittern und ihrer Wirtschaftsform rettungslos immer mehr in die Macht der „Polnischen Gemeinschaft“ gerieten, durch Bauern für das Deutschtum zurückgewonnen werden können.

Jeder Deutsche, der dies hört, muß sich freuen, daß die zum Teil von gemeinem Eigennuß, zum Teil von deutschem Dogmatismus, nicht zum wenigsten von dem überspannten deutschen Gerechtigkeitsgefühl eingegebenen Widerstände gegen den Beginn und die Fortführung des Ansiedlungswerkes bis heute von der Regierung überwunden worden sind. Man sollte denken, daß vor allem die Deutschen in den beiden Provinzen selbst, die die Boykottierung von seiten der Polen, den Schulstreik der Kinder unter Leitung von Geistlichen, den landesverrätherischen Übermut polnischer Blätter, die Bildung des Strazvereins, die politischen Wallfahrten zu den Königsgräbern nach Krakau mit ansehen mußten, und die nach dem Rückzug des Deutschtums unter Caprivi den sieghaften Vorstoß unter Bülow miterleben durften, ohne Ausnahme voll Anerkennung für die starke und zielbewußte Regierung seien und nichts dringlicher wünschen als eine energische Fortführung der gegenwärtigen Polenpolitik. Kommt man aber an Ort und Stelle, so fällt man geradezu aus allen Wolken, wenn man neben begeisterter Zustimmung auch das Gegenteil findet, wenn man sowohl von agrarischer Seite als aus den Kreisen des Handels bald in zarten Andeutungen, bald in faustdickeu Auftrag hört oder liest, daß die Ansiedlungspolitik kein reines Glück für das Land sei. Man traut zunächst seinen Ohren und Augen nicht, ist empört über die unpatriotische Denkweise der vielen Deutschen, die ins polnische Horn stoßen, wird aber nach einiger Einsicht in die Verhältnisse zugeben müssen, daß der gewaltige Eingriff in das Wirtschaftsleben der ganzen Provinz namentlich in den Übergangszeiten für manchen wirtschaftlich ungünstig wirkt und seinen Patriotismus einer Belastungsprobe unterwirft, die man sich selbst nicht wünschen würde.

*) Ein bayrischer Landsmann soll seine Eindrücke nach einer ähnlichen Besichtigungsreise in die Worte zusammengefaßt haben: „Das Land sollte eigentlich bayrisch sein.“ Ich meinerseits habe in der Nähe von Golenhofen einen prachtvollen Birnbaum getroffen, der dem Ansehen nach wert wäre, auf schwäbischem Boden zu stehen, und den ich als demonstratio ad oculos im Lichtbild verwerthen will.

Am wenigsten Grund zum Klagen haben eigentlich die eingeseffenen Landwirte, sowohl die Großgrundbesitzer als die Bauern, denn der Wert ihres Grund und Bodens ist durch die Preistreiberei zwischen Kommission und polnischen Parzellierungsbanken in die Höhe gegangen, viele „trifft das große Los“, daß sie an die Kommission verkaufen können, und den andern bietet die Regierung hilfreiche Hand, sich zu „regulieren“, was bei der weit verbreiteten und zum Teil sehr starken Verschuldung gewiß dankenswert genug wäre. Trotzdem sehen viele Junker das nationale Werk der Ansiedlung ungefähr mit denselben Augen an wie die „gräßliche“ Flotte. Schon die Beschränkung der Überschwemmung des Landes durch weitere russische und österreichische Polen, in denen sie lediglich billige und willige Arbeitskräfte sahen, war in ihren Augen ein Unrecht; seitdem sich aber die Ansiedler gegen ihre „geborenen Führer“ und gegen den Bund der Landwirte stellen, fühlen sie ihre alte Herrenstellung erschüttert, und das erträgt so leicht niemand!

Bei den kleinen Bauern ist es vielfach etwas wie Meid auf die Ansiedler, die verhätschelten Schoßkinder der Regierung, obgleich auch ihnen der Staat die günstigsten Anerbieten zur Ablösung ihrer Grundschulden macht. Eine schwerwiegende Bedingung ist allerdings an diese Hilfe geknüpft, dieselbe, der sich auch der Ansiedler unterwerfen muß, nämlich die, nicht an den Polen zu verkaufen. Um sich die Möglichkeit eines derartigen raschen Gewinnes offen zu halten, verzichten viele Bauern lieber auf die handgreiflichen Vorteile der Entschuldung.

Mehr Ursache zum Klagen hat der Handel, insbesondere der mit den Bedürfnissen und Erzeugnissen der Landwirtschaft. In der Zeit von zwanzig Jahren ist ein Gebiet von dem Umfang des Großherzogtums Sachsen-Weimar von der Kommission besiedelt und damit dem freien Handel mit diesen Gegenständen so ziemlich verloren gegangen, denn die Ansiedler haben sich sofort zu Spar- und Darlehnskassen, zum Teil auch zu Einkaufs- und Vertriebsgenossenschaften zusammengetan, gegen die die Einzelhändler jetzt ebenso im Nachteil sind, als sie vorher in der Übermacht waren gegen die, meist verschuldeten, sechshundert Großgrundbesitzer und vierhundert Großbauern, die den Ansiedlern gewichen sind.

In allen Jahresberichten der Handelskammern von Posen und Westpreußen finden sich seit Jahren Klagen über unbillige Begünstigungen dieser an sich schon durch ihre Verzweigung über ganz Deutschland übermächtigen Genossenschaften, durch den Staat überhaupt und durch die Ansiedlungskommission im besondern, ferner der Hinweis auf den Ruin und die Abwanderung vieler reeller Geschäftsleute. Am schärfsten spricht sich der Bericht der Posener Handelskammer vom Juli 1907 aus, der der Ansiedlungskommission direkt den Vorwurf der Großziehung des polnischen Handels an Stelle des deutschen macht, wenn es dort (S. 60) heißt: „Dadurch (d. h. durch ein bestimmtes Vorgehen der Ansiedlungskommission oder ihrer Kommissions-

firma) tritt eine derartige Verschiebung der Verhältnisse zuungunsten der Provinzhändler gegen früher ein, daß sie entweder gänzlich ausgeschaltet oder in ihrem Einkommen so geschmälert werden, daß sie nacheinander den Platz ihrer Tätigkeit räumen müssen, um an ihre Stelle entweder polnische Händler oder polnische Genossenschaften, die sogenannte »Kolonik« treten zu lassen, die zusammen mit dem deutschen Lagerhaus und den deutschen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften dem deutschen Getreidekaufmann die Existenz untergraben.“

In maßvoller Form und der Staatsnotwendigkeit der Ansiedlungstätigkeit Rechnung tragend hat der Handelskammerhändikus Dr. Hampke*) den Gegenstand ausgeführt. Das Büchlein richtet sich in der Hauptsache gegen die einseitige Begünstigung der Landwirtschaft und speziell des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Preußen durch Gesetz, Verwaltung und Rechtsprechung. Gegen die Ansiedlungskommission selbst wird fast nichts vorgebracht, als daß sie mit einer verhältnismäßig kleinen Summe bei einem solchen Institut (oder bei einigen?) beteiligt ist, und daß sie schon während der „Zwischenverwaltung“ der Güter die früheren Lieferanten so gut wie ausschließe, statt ihnen noch die Gnadenfrist von ein bis zwei Jahren zu geben, bis die Ansiedler ange setzt und genossenschaftlich organisiert seien. Man sieht, diese Vorwürfe gegen die Kommission sind nur der letzte Tropfen, der das volle Faß zum Überlaufen bringt, und man hat den Eindruck, daß sich in den angezogenen Punkten ein Ausgleich finden lassen müßte.

Was die Tatsache des massenhaften Abzugs der Juden aus den beiden Provinzen anlangt, so ist zunächst daran zu erinnern, daß gegenwärtig im ganzen Reiche die Juden das flache Land verlassen, um sich in die Verkehrsmittelpunkte zusammenzuziehen. Wenn dies im Osten in noch auffälligerem Maße der Fall ist, so sind daran nicht bloß die Deutschen, sondern auch die polnischen Genossenschaften**) schuld, wie überhaupt der Antisemitismus bei den Polen gegenwärtig viel ausgeprägter ist als bei den Deutschen. Selbst in der Arbeit von Hampke ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß sich unter den „Provinzhändlern“, die unter die Räder gekommen sind, auch solche Gestalten befinden, wie sie Gustav Freytag in Söll und Haben dargestellt hat, Gestalten reif für die Remeseis.

*) Die Schädigung des Handels in den Provinzen Posen und Westpreußen durch die staatliche Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Im Auftrage des Verbands der amtlichen Handelsvertretungen Posens und Westpreußens verfaßt von Dr. Hampke. (Posen, 1906. 72 Seiten.)

**) Das polnische Genossenschaftswesen in Posen und Westpreußen ist älter und kapitalkräftiger als das deutsche. Mit den polnischen Volks- und Parzellierungsbanken zusammen wird es einheitlich und straff verwaltet von dem Finanzgenie des Prälaten Maiorzyniak und bildet, ein Staat im Staate, eine mächtige wirtschaftliche und politische Kampforganisation gegen das Deutschtum und den preussischen Staat.

Dem einzelnen realen Geschäftsmann, der nicht durch eine „Konjunktur“ von ungefähr, sondern direkt oder indirekt durch den Staat geschädigt worden ist, werden wir unsere menschliche Teilnahme nicht vorenthalten; dem kaufmännischen Stande des Ostens als solchem aber werden wir sagen dürfen, daß auch die Kaufleute des Westens mit Konsumvereinen usw. zu kämpfen haben, und daß der Handel in den Ansiedlungsgebieten findig und anpassungsfähig genug sein muß, im Laufe der Zeit in der Kaufkraft von über hunderttausend neuen Konsumenten auf neuen Gebieten vollen Ersatz für das Verlorene zu finden.

Daß in den gegenwärtigen Übergangszuständen für viele Deutsche geschäftliche Schwierigkeiten vorhanden sind, ist nicht zu leugnen und nicht so rasch zu ändern. Die Deutschen aber, die da glauben, durch Paktieren mit den Polen besser zu fahren als durch treues Zusammenhalten und den Anschluß an die Regierung, die möchte ich in den Hof des Rathauses von Thorn führen vor das Denkmal der Märtyrer vom Thorner Blutgericht des Jahres 1724. Im Jahre 1454 haben die Thorner aus geschäftlichen Gründen ihre deutsche Stadt und die landesherrliche Burg freiwillig dem König von Polen ausgeliefert und ihre unbezwinglichen Mauern gegen papierne Schutzversprechungen vertauscht. Im Jahre 1724 hat der König von Polen den Enkeln dieser geschäftslugen Männer unter einem nichtigen Vorwand die Köpfe vor die Füße gelegt und das ganze Vermögen genommen, weil sie sich auf Grund ihrer verbrieften Versprechungen um die letzten Reste ihrer verbrieften Rechte, um die letzte der ihnen seinerzeit gelassenen protestantischen Kirchen wehrten. Die Nachkommen der Giechsenritter und Pfeffersäcke mögen daraus entnehmen, was sie im Interesse ihrer Nachkommen zu tun haben.

Das „polnische Gemeinwesen“ von heute läßt ja zunächst die Deutschen noch nicht köpfen, aber auch das Enteignetwerden auf dem Wege des Boykotts ist schmerzhaft, selbst wenn es „in Frack und weißer Krawatte“ und unter den Rechtsnormen des eignen Staates geschieht.

Die Ansiedlungspolitik in den Ostmarken muß gegen Polen und Zentrum und, wenn es sein muß, gegen einen Teil der Deutschen in der Ostmark selbst im bisherigen Sinne weiter geführt werden, schon um das bisher Erreichte nicht wieder aufs Spiel zu setzen. Betrachtet man die Langhanssche Sprachkarte der beiden Provinzen, auf der die Ansiedlungsgüter eingezeichnet sind, so sieht man, wie die Kommission überall bemüht war, größere zusammenhängende Landstrecken aufzukaufen. Trotzdem ist eine ganze Anzahl der neu geschaffnen deutschen Sprachinseln vorläufig noch so klein oder so abgelegen vom deutschen Hinterlande, daß sie sich kaum deutsch halten können, wenn sie nicht bessern Anschluß an deutsches Gebiet bekommen. Dauernd in unserm Sinne gelöst ist die Polenfrage aber erst, wenn auf jeden polnischen Rekruten in den Grenzprovinzen ein deutscher, womöglich zwei deutsche kommen.

Unter den Verdiensten des vierten Reichskanzlers wird die Geschichte einst die unblutige Rückeroberung Posen und Westpreußens mit in erster

Reihe nennen. Scheidend hat der vielverkannte Mann den Gruß des jungen Bauernbundes aus Gnesen mit den Worten erwidert: „Die Ansiedlungspolitik muß fortgeführt werden, auch wenn die Regierungen und Persönlichkeiten wechseln.“ Wir wollen tun, was wir können, das politische Testament Bülow's zu erfüllen.

Stuttgart, 14. Juli 1909



Der Streit um den Zolltarif in Neuguinea



ekanntlich hat der neue Zolltarif und seine plötzliche Einführung in Deutsch-Neuguinea zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Gouverneur, Excellenz Dr. Hahl, und den ansässigen europäischen Pflanzern und Kaufleuten geführt. Der Streit ging bekanntlich so weit, daß die Mitglieder des Gouvernementsrats, die diesem Teil der Bevölkerung angehörten, ihr Amt niederlegten und sich Beschwerde führend nach Berlin wandten. Andererseits verklagte der Gouverneur die bezeichneten Herren wegen Beleidigung. Allmählich scheint nun eine etwas ruhigere Behandlung der ganzen Frage auch in Neuguinea Platz zu greifen. Der Zwischenfall ist durch unsern kolonialen Mitarbeiter Rudolf Wagner mehrfach, insbesondere in unserer Kolonialen Rundschau, besprochen worden, auf dessen Ausführungen wir verweisen. Im allgemeinen sind unsere Leser also unterrichtet. Es dürfte aber von Interesse sein, wenn wir im folgenden eine Anzahl von Akten und Briefen, die, bisher zum Teil unveröffentlicht, für die Beurteilung der Angelegenheit wichtig sind, mit einigen Erläuterungen hier wiedergeben. Jedenfalls scheinen diese Aktenstücke die Richtigkeit der an dieser Stelle zurzeit vertretenen Auffassung über den Zwischenfall zu bestätigen. Wir entnehmen das Folgende den Mitteilungen des Herrn Kaufmann R. B. Mueller, Mitglied des derzeitigen Gouvernementsrats.

Vorauszuschicken ist noch, daß bereits im Februar 1908 der Gouverneur seinen auf zehn Jahre berechneten Finanzplan dem Gouvernementsrate mitteilte. Der Inhalt sprach sich herum, und jedermann wußte, daß eine wenig erwünschte Erhöhung der Abgaben bevorstand. Überraschend kam nur die weit früher als ursprünglich geplante Einführung. Sie hatte bekanntlich die nachfolgende Erklärung der Gouvernementsratsmitglieder zur Folge:

Die unterzeichneten außeramtlichen Mitglieder des Gouvernementsrats sehen sich genötigt, gegen das vom Kaiserlichen Gouverneur eingeschlagne Verfahren bei Einführung der neuen Zollverordnung Protest zu erheben.

In der Gouvernements-sitzung vom 13. April 1908 war der Entwurf der Zollverordnung erstmalig zur Beratung gestellt, trotzdem der Tarif den Mitgliedern noch gar nicht zugegangen war. Erst in der Sitzung selbst wurde ein Verzeichnis der zollfreien Gegenstände in einem einzigen Exemplar herumgereicht.